

Gewalt gegen Menschen im öffentlichen Dienst:

Absolute Sicherheit gibt es nicht



16

fokus

Vandalismus gegen öffentliches und privates Eigentum verursacht in Deutschland bis zu einer Milliarde Euro Sachschaden pro Jahr. Graffiti und zersplitterte Fensterscheiben sind nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen werden Beschäftigte des öffentlichen Dienstes immer öfter Opfer von Gewalt. Schlimmstenfalls mit Folgen für ganze Familien wie im Fall Daniel Nivel, eines französischen Bereitschaftspolizisten, der im Sommer 1998 von deutschen Hooligans lebensgefährlich verletzt wurde und bis heute an den gesundheitlichen und psychischen Folgen des Übergriffs leidet.

Vandalismus und Gewalt sind keine Resultate eskalierender Jugendstreiche. Sie sind Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklung und werden von immer mehr Menschen als legitime Mittel

gegen die vermeintliche „Staatsgewalt“ begriffen. Militante Jagdgegner randalieren an Hochsitzen, Tierschützer sabotieren Mastbetriebe, politisch motivierte Täter greifen zu Farbbeutel und Feuer.

Immer öfter richtet sich die Gewalt auch gegen die Menschen, die den Staat nach außen repräsentieren. Beschäftigte bei der Polizei, in den Arbeitsagenturen oder beim Ordnungsamt. Kurz: Überall dort, wo Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst ihre Arbeit an der Schnittstelle zwischen Bürger und Staat tun.

Es scheint, dass hier etwas Grundsätzliches in der Gesellschaft schiefliegt. Das sieht auch die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann so, die in der dbb Bundesleitung für Sicherheitspolitik zuständig ist: „Ein großes Problem ist zum Beispiel der Anstieg politisch motivier-

ter Kriminalität mit einer Steigerung von rund elf Prozent auf 30 216 Straftaten bundesweit im Vergleich von 2011 zu 2012“. Besonders betroffen von diesen Straftaten seien Polizeibeamte, sagte Lühmann dem dbb magazin. „Die Gewalt gegen Polizisten hat zum vierten Mal in Folge in 2011 um fast 15 Prozent zugenommen. Von mehr als jeder dritten Körperverletzung aus der politisch motivierten Ecke waren Polizisten betroffen, zum Großteil bei Demonstrationen.“ Das zeige, wie sehr die Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und öffentlicher Meinung stehe. Die Polizei brauche nicht nur mehr Personal, sondern auch „die ideelle Unterstützung von Politik und Gesell-

deshalb neben klaren Vorgaben für die Ausstattung der Polizei eine Politik, die sich entschieden hinter die Einsatzkräfte stellt, sowie eine starke Gesellschaft, die jeder Form von Gewalt couragiert entgegentritt.

► Zivilcourage ist wichtig

Ein Beispiel für diese Zivilcourage ist Gerke Minrath, Vorsitzende des Vereins „Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“, die sich mit einer Homepage des Themas annimmt. Unter www.kggp.de widmet sie sich den Erscheinungsformen und den Folgen von Gewalt gegen Polizisten. In Form von Blogs gibt sie Polizisten eine Stimme. Die ausgebildete Seelsorgerin hat viel Zeit im Ausland zugebracht und dort viele Situationen erlebt, die mit dem Handeln deutscher Polizeikräfte nicht vergleichbar sind: „Ich kann Ihnen versichern, dass die deutsche Polizei die freundlichste und geduldigste ist, mit der ich jemals zu tun hatte“, sagt Minrath. „Einmal wurde ich in einem Entwicklungsland zwei volle Stunden einer Verkehrskontrolle unterzogen, weil mein Reiseführer einfach kein Bestechungsgeld zahlen wollte. Seitdem kann ich die Mär von der deutschen Polizeiwillkür schlicht nicht mehr ernst nehmen.“

Minraths Credo: Vielfalt kann es nur geben, wenn eine demokratische Polizei Grenzen setzt. „Sonst setzen sich die Brutalsten und Intolerantesten durch, denen die Belange der anderen am Allerwertesten vorbeigehen.“

Auch Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), sieht die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nahezu überall als Zielscheibe verbaler und tätlicher Attacken. Polizisten und Feuerwehrleute, Sachbearbeiter in der Verwaltung, Lehrer und Erzieher, Justizkräf-

te und Gerichtsvollzieher müssten sich immer häufiger ihrer Haut wehren, weil staatliche Autorität auf breiter Front verloren gegangen ist, sagte Wendt dem dbb magazin. „Das sind nicht nur ein paar alkoholisierte oder bekiffte Schläger, die hier durchdrehen. Die Gewaltbereitschaft reicht mittlerweile tief in die bürgerlichen Schichten unserer Bevölkerung hinein. Die Politik hat an dieser Entwicklung einen gehörigen Anteil. Rückzug des Staates auf breiter Front durch massiven Personalabbau, die Anbetung der ‚Marktkräfte‘ und Verächtlichmachung der öffentlich Beschäftigten sowie nicht zuletzt die mangelnde politische Unterstützung und das fehlende eindeutige Bekenntnis zu den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch politische Mandatsträger“, das alles seien nur einige Wegmarken einer Entwicklung, die zu mangelnder Akzeptanz, bis hin zu offener Ablehnung und Hass gegen diesen Staat führe.

► Gewalt nicht akzeptieren

Diesen Trend werde man mit noch so viel Polizisten und noch so guter Bewaffnung und Ausrüstung nicht aufhalten können, meint der DPOIG-Chef. „Das hohe Gut eines funktionierenden Staatswesens darf nicht länger diskreditiert werden, die Spitzen des Staates müssen sich wieder eindeutig zu den Garanten gesellschaftlicher Stabilität bekennen und nicht zuletzt müssen klare Strafgesetze und präventiv wirkende harte Urteile unserer Gerichte dafür sorgen, dass Gewalt gegen den Staat und seine Beschäftigten unter keinen Umständen akzeptiert wird.“

Insgesamt rund 140 000 Straftaten im Sinne von Widerstand gegen die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung weist die polizeiliche Kriminalstatistik 2011

aus. Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte schlugen mit 21 257 Fällen zu Buche. Aber es sind nicht nur Polizistinnen und Polizisten von Übergriffen betroffen. Auch Beschäftigte der Arbeitsagenturen und Jobcenter oder Vollziehungsbeamte werden zunehmend Opfer von Gewalt. Thorsten Miller zum Beispiel ist seit zwölf Jahren Vollziehungsbeamter bei der Stadt Aachen. Er mag seinen Job, obwohl auch er bereits angepöbelt, beleidigt oder genötigt worden ist. Daher kritisiert Miller Versäumnisse des Dienstherrn bei der Arbeitssicherheit: „Bis dato verfügen wir weder über einen Schutz unserer persönlichen Daten, noch werden uns Schuss- oder stichsichere Westen zugestanden. Einen Notfallknopf am PC oder einen Sicherheitsdienst sucht man ebenfalls vergebens“, sagt Miller. „Leider muss immer erst etwas Schlimmes passieren, bevor man an Prävention denkt.“

► Bis zum Mord

Wie im Fall der Ermordung einer Jobcenter-Mitarbeiterin Ende September 2012 in Neuss. Ein Arbeitsloser stürmte in das Büro der Mitarbeiterin, bedrohte sie mit einem Messer und stach mehrfach zu. Die Kollegin erlag im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Waldemar Dombrowski, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (vbba), kritisierte die Politik: „Unabhängig von diesem Fall ist es für unsere Kolleginnen und Kollegen unerträglich, dass Teile der Politik über die Grundsicherung, landläufig ‚Hartz IV‘ genannt, unsachlich und polemisch diskutieren. Das heißt nicht nur die politische Debatte, sondern auch die Atmosphäre in den Jobcentern an. Das hilft weder den Menschen, die auf diese Leistungen angewiesen sind, noch den Be-

schaft. Die Kolleginnen und Kollegen halten den Kopf hin und nehmen schwere körperliche und psychische Schädigungen in Kauf. Viele fühlen sich zu Recht von der Politik im Stich gelassen“.

Besonders Extremisten richteten ihren Hass gegenüber dem Staat auf Polizisten aus, weil diese für sie, offensichtlich an der Uniform zu erkennen, den Staat schlechthin repräsentierten. „Auch wenn die Innenministerkonferenz jetzt endlich eine Verschärfung des Strafrechts für Gewalt gegen Polizisten umgesetzt hat, erledigen sich damit nicht die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen“, ist Lühmann überzeugt. Die dbb Vize fordert



schäftigten, die täglich einen anspruchsvollen und sehr schwierigen Job machen.“

Dombrowski forderte Sicherheitskonzepte die verhindern, dass Mitarbeiter mit der Gewaltproblematik nicht allein gelassen werden.

Klaus Dauderstädt, damals noch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), äußerte sich nach der Tat in Neuss entschlossen und forderte mehr Sicherheit in den Dienstzimmern. Anfang November 2011 sagte Dauderstädt:

„Die Mitarbeiter in den Jobcentern müssen im Alltag einigeges aushalten, allein schon an verbaler Aggression. Aber es kommt auch immer öfter zu körperlicher Gewalt. Alarmknöpfe in allen Jobcentern sind zwingend nötig. Wir brauchen auch eigene Sicherheitskräfte, die die Eingänge und Flure kontrollieren. Bei 420 Jobcentern müssten das etwa 2 000 Leute sein. In Einzelfällen sollten wir zudem über Sicherheitsschleusen wie an Flughäfen nachdenken.“

Es brauche zwar keine ausgewiesenen „Panikräume“. Ein Grundproblem aber sei die Isolation der Beschäftigten: „Die Einzelbüros gehören abgeschafft und durch Gemein-

schaftsbüros ersetzt. Die größere Kontrolle durch die Allgemeinheit vermindert Aggressionen. Was wir sicher nicht brauchen, ist eine Bodenklappe unter jedem Besucherstuhl.“

» dbb Resolution

Darüber hinaus haben sich die im dbb organisierten Mitgliedsgewerkschaften komba gewerkschaft, vbba und GdS eingehend mit dem schrecklichen Vorfall im Jobcenter Neuss befasst und im Dezember 2012 praktische Schritte gefordert, um der Gewalt wirksam zu begegnen: „Leider sind Beleidigungen und tätliche Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen keine Seltenheit. Genaue Zahlen liegen bisher nicht vor, müssen aber ermittelt werden, um die Dimension der Übergriffe darzustellen“, heißt es in dem Positionspapier des dbb. Absolute Sicherheit werde nicht zu erreichen sein. Dennoch müssten Maßnahmen vor Ort ergriffen werden, darunter die Anschaffung von geeigneten Alarmsystemen, die im Notfall eingesetzt werden können, die Einführung eines Notfallmanagements für die Jobcenter und die flächendeckende Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen unter besonderer Berücksichtigung der psychischen Belastungen der Beschäftigten.

Darüber hinaus sollten Fluchtmöglichkeiten für Einzelbüros in Form von Verbindungstüren

zu Nachbarbüros geschaffen werden und das Angebot von flächendeckenden Schulungen zu den Themen Deeskalation sowie Selbstbehauptung und Selbstverteidigung mit Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel unterstützt werden.

Auch nach Übergriffen fordert der dbb weitreichendere Konsequenzen, als dies bis heute der Fall ist. Das Positionspapier schlägt vor, Opfer von Gewalt durch psychologische Ersthelfer oder Psychotherapeuten betreuen zu lassen. Außerdem sollen Übergriffe von Kunden konsequent verfolgt werden

Standpunkt:

Sicherheit für das Zugpersonal

Immer häufiger werden Zugbegleiter – und zunehmend auch Lokomotivführer – von aggressiven Fahrgästen beleidigt und bedroht, bespuckt und geschlagen, getreten und manchmal auch verprügelt. 2011 wurden laut Statistik in Zügen und Bahnhöfen 1 679 Körperverletzungen registriert. Davon richteten sich 748 gegen Bahnmitarbeiter, zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2012 stieg die Zahl gewaltsamer Übergriffe gegen DB-Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent, im Bereich Personenverkehr betrug der Zuwachs gemeldeter Angriffe gar 27,2 Prozent. 80 Prozent der Übergriffe fanden im Rahmen von Fahrkartenkontrollen statt.

Mit Diskussionen über die Ursachen der Gewalt, so sinnvoll sie langfristig auch sein mögen, ist den Betroffenen nicht gedient. Aus Sicht der GDL



» Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Claus Weselsky ist zugleich Bundesvorsitzender der GDL.

muss in einem ersten Schritt jeglicher Übergriff, ob verbal oder tätlich, sofort zur Anzeige gebracht und von den Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt werden. Eine rechtliche Grauzone oder stillschweigende Akzeptanz

– auch unter Anwendung des Hausrechts. Jeder Angriff müsse bei der Polizei angezeigt werden.

Da der Gang zum Jobcenter für viele Bürgerinnen und Bürger alles andere als einfach ist, sollten Menschen dort nicht zusätzlich frustriert werden: Lange Wartezeiten und eine zeitlich eingeschränkte Beratung führen zu Frust und Aggressionen bei den Kunden. Daher will der dbb die Personalausstattung in den Jobcentern verbessern, damit auch die viel zu hohen Arbeitsbelastungen der Kolleginnen und Kollegen verringert werden.

Eine an den persönlichen Bedürfnissen orientierte Beratung der Kunden und die qualitativ hochwertige Bearbeitung ihrer Fälle würde auch bei betroffenen Bürgern zu mehr Kundenzufriedenheit führen und das Konfliktpotenzial gering halten.

Diese Maßnahmen werden nicht alle Probleme lösen. Sie können jedoch zur Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen beitragen – und zu einem gesellschaftlichen Diskurs führen, wie der Staat mit Gewalt gegen ihn und seine Beschäftigten umgehen soll.

br

darf es für Übergriffe auf das Zugpersonal nicht geben. Darüber hinaus sind die Arbeitgeber gefordert. Sie müssen soziale Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten übernehmen. Dazu gehört auch, den eigenen Mitarbeitern im Konfliktfall den Rücken zu stärken. Die Verleugnung des Zugpersonals nach dem Motto „Der Kunde hat immer recht“, ist grundsätzlich inakzeptabel, muss aber spätestens da ihre klaren Grenzen haben, wo das seelische und körperliche Wohl der Belegschaft gefährdet ist.

Zum Schutz des Zugpersonals muss noch mehr getan werden. So fordert die GDL, grundsätzlich alle Züge mit Zugbegleitern zu besetzen. In Tagesrandlagen, bei Veranstaltungen an Wochenenden und bei Problemzügen müssen mindestens Doppelbesetzungen gewährleistet werden. Unabdingbar sind auch die verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften auf Bahnhöfen und Streifengänge. Die polizeiliche Erreichbarkeit und ihr Erscheinen vor Ort beziehungsweise am nächsten Haltebahnhof bei gemeldeten

Problemen müssen selbstverständlich sein. Es ist darüber hinaus an der Zeit, den Fahrkartenverkauf in allen Zügen wieder zuzulassen. Damit ließen sich bestimmte Konfliktpotenziale zwischen Fahrgästen und Zugbegleitern von vorneherein ausschließen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Qualifikation. Das Zugpersonal erfüllt wichtige betriebliche und kundendienstliche Aufgaben an Bord der Züge und trägt maßgeblich zum Erfolg der Unternehmen bei. Allein schon deshalb ist eine standardisierte Ausbildung auf hohem Niveau zu gewährleisten. Darüber hinaus ist es notwendig, dass Zugbegleiter einen Anspruch auf eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung in den für ihren Beruf relevanten Themen erhalten. So gehören aus Sicht der GDL gerade vor dem Hintergrund steigender Gewalt Rhetorikschulungen und Deeskalationskurse, aber auch die Aufklärung über Rechte und Pflichten gegenüber Fahrgästen zum unverzichtbaren Bestandteil in der Ausbildung des Zugbegleitersonals. ■

Wir richten uns nicht nach den Maßstäben einer modernen Rechtsschutz-Versicherung.

Wir definieren sie.



ROLAND. Der Rechtsschutz-Versicherer.

Was erwarten Sie von Ihrer Rechtsschutz-Versicherung? Die beste Problemlösung in allen rechtlichen Angelegenheiten!

ROLAND bietet Ihnen das vollständige Leistungsspektrum. Von Prävention über Rechtsschutz bis zur Mediation. Von der Prozessfinanzierung bis zu Assistance-Leistungen. Für Privatkunden und Unternehmen – wir kämpfen für Ihr gutes Recht. Seit 1957 unser Versprechen. www.roland-gruppe.de

RECHTSSCHUTZ | PROZESSFINANZ | ASSISTANCE

Empfohlen durch
dbb
vorsorgewerk
 günstig • fair • nah